

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

zur Aktuellen Stunde TOP 2b)

**Bessere Kindertagesstätten statt
Landesbetreuungsgeld**

während der Plenarsitzung vom 16.09.2015
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

das Bundesverfassungsgericht hat das von Anfang an umstrittene Betreuungsgeld im Juli gekippt und für verfassungswidrig erklärt.

Der Grund ist eigentlich ganz einfach: Der Bund hätte das Gesetz gar nicht erlassen dürfen, weil er dafür nicht zuständig ist.

Die Gesetzgebungskompetenz liegt bei den Ländern.

Das ist für CDU/CSU eine knallharte politische Klatsche!

Das Thema ist deshalb so aktuell, weil es in der Großen Koalition noch keine Einigung darüber gibt, wofür die frei werdenden Mittel – immerhin 900 Millionen Euro in diesem Jahr – verwendet werden sollen.

Der Bundesfinanzminister will das Geld wohl in den allgemeinen Haushalt einfließen lassen und von einer Umschichtung zugunsten von Kitas oder zusätzlichen Familienleistungen nichts wissen.

Und unsere Familienministerin Manuela Schwesig wie auch der Städtetag, der Städte- und Gemeindebund wie auch verschiedene Sozialverbände fordern zu Recht das Geld zur Verbesserung der Qualität in den Kindertagesstätten ein.

Anrede,

alle Bundesländer sollten sich in ihrer Forderung einig sein und sind es nach meiner Kenntnis auch, das frei gewordene Geld nach dem Königsteiner-Schlüssel endlich an die Bundesländer zu geben.

Bayern könnte damit sein Landesbetreuungsgeld finanzieren und die SPD-regierten Länder werden es richtigerweise in die Verbesserung der Qualität in den Kindertagesstätten geben. Da wird das Geld dringend gebraucht.

Anrede,

es scheint so, als würde sich die Diskussion über das Betreuungsgeld auch bei uns hier im Land wiederholen. Auch nach zwei Jahren Erfahrung mit dem Betreuungsgeld bleiben wir aus voller Überzeugung dabei:

Das Betreuungsgeld – und zwar egal, ob vom Bund oder den Ländern finanziert – ist ein familien- und gleichstellungspolitischer Rückschritt und setzt insbesondere für Familien mit geringem Einkommen einen völlig falschen und – ich füge hinzu – fatalen Anreiz.

Gerade Kinder aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern oder aus Elternhäusern mit wenig Deutschkenntnissen müssten doch eigentlich möglichst früh in den Genuss der frühkindlichen Bildung kommen.

Ein Anreiz für Eltern, ihre Kinder aus wirtschaftlichen Zwängen von der frühkindlichen Bildung fernzuhalten, ist nicht nur schädlich, meine Damen und Herren, er ist unverantwortlich.

Das Betreuungsgeld steht im Übrigen auch im Widerspruch zu unseren Anstrengungen sowohl im Bereich des Ausbaus der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren als auch im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Meine Damen und Herren von der CDU, von Ihnen hätte ich mir zumindest ein bisschen mehr Einsatz und Leidenschaft in dieser Frage gewünscht, aber moderne Familienpolitik scheint Ihnen mehr als fremd zu sein.

In Ihrem Parteitagebeschluss vom 5. September, wo Sie sich – Achtung – für ein Landesbetreuungsgeld aussprechen – heißt es dann: „(...)wenn die Bundesregierung den Ländern die dafür eingeplanten Finanzmittel zur Verfügung stellt.“

Ich lade Sie alle herzlich ein mit uns zusammen dafür zu streiten, dass die Länder die Gelder auch bekommen. Und wir in Niedersachsen werden das Geld ganz eindeutig zur Qualitätssteigerung in unsere Kitas geben.

Und wenn ich die FDP bislang richtig verstanden habe, sind sie zumindest in dieser Frage an unserer Seite, sodass dies eine breite Unterstützung finden wird.

Anrede,
seit Einführung des Betreuungsgeldes sind die Zweifel am Betreuungsgeld bestätigt worden. Zahlreiche Studien belegen, dass das Betreuungsgeld die falschen Anreize setzt.

Am 13. August dieses Jahres wurde in der „Welt“ über eine Studie des Ifo-Instituts zur volkswirtschaftlichen Bedeutung von Kinderbetreuung berichtet. Die Wissenschaftler kommen zu folgendem Ergebnis:

Ich zitiere aus der „Welt“:

„Der Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland hat in den vergangenen Jahren nicht nur wichtige familienpolitische Ziele vorangetrieben und hat einen erheblichen positiven Einfluss auf Volkswirtschaft und Demografie. Vor allem aber wäre es nach den Berechnungen der Forscher weitaus teurer, die gleichen Ziele mit höherem Kindergeld oder anderen Familienleistungen zu verfolgen.“

Also, meine Damen und Herren der CDU, helfen Sie auf Bundesebene mit, dass das freigewordene Geld nicht in den allgemeinen Haushalt verschwindet, sondern an die Länder gegeben wird. Und wir sorgen dann dafür, dass dieses Geld zur Qualitätssteigerung in die Kitas fließt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!